

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

14 (9.1.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Abendblatt

Bezugspreis vierteljährlich:
In Karlsruhe durch Träger Nr. 4.25.
(b. d. Geschäftsstelle monatl. Nr. 1.10)
auswärts (Deutschland) durch die
Post Nr. 4.70 oder durch die
Deutsche Postanstalt, Berlin, durch die
Post Nr. 4.70. Ausland durch die
Post Nr. 12.—

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kolonelle 25 Pf.;
Stellen Nr. 1.20, bei Wiederholung
Nachschlag nach Tarif. — Anzeigen-
sätze nehmen alle Anzeigen-Bemittel-
ungen entgegen. — Schluß der
Anzeigenannahme vorm. halb 8 Uhr
abw. nachm. halb 3 Uhr.

Kernsprecher Nr. 535
Notationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei
Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Verlagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Mimen“,
„Mäuer für den Familienkreis“ und „Wörter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer;
für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Bahl; für Anzeigen und Stellen:
A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Freie Bahn!

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

In West-Berlin sind nunmehr, mit Trost an der Spitze, die russischen Unterhändler wieder eingetroffen. Die Verhandlungen, die infolge des russischen Antrags auf Verlegung der Beratungen unterbrochen waren, sind wieder aufgenommen worden. Die Festigkeit der deutschen Regierung, die den Russen ohne Umwege zu erkennen gab, daß wir uns von ihnen den Verhandlungsort nicht vorschreiben lassen, kann nur wohlthuend auf ähnliche etwa von der Entente eingeleitete beschäftigte Verschleppungsmanöver wirken.

Durch einen deutschen Funkpruch wurde die Tatsache festgestellt, daß die der Entente gewährte Frist zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen abgelaufen sei. Es mochte vielleicht auffallen, daß aus dieser Feststellung nicht die erforderlichen Folgerungen gezogen waren. Wir können bemerken, daß das lediglich aus formellen Gründen in dieser rein tatsächlichen Feststellung unterblieb. Die Folgerungen liegen natürlich für uns klar und deutlich auf der Hand: Wir haben freie Bahn, unser Weg nach dem Osten geht nun unbehindert geradeaus und vorwärts! Nach zwei Seiten hin ist eine klare Sachlage geschaffen: es ist ausgeschlossen, daß wir irgend einer Verlängerung der der Entente gewährten Bedenkfrist zugestehen, und es ist zum zweiten abgeschloffen, daß wir die Entente an den Friedensverhandlungen in West-Berlin teilnehmen lassen. Wir sind also an irgend welches Entgegenkommen oder an die stilleren, den Russen zuliebe gemachten entgegenkommenden Erklärungen in keiner Weise mehr gebunden. Wir stehen vollkommen frei und ungehindert da und diese Bewegungsfreiheit werden wir uns durch keine Durchkreuzungsversuche, ob sie nun von russischer oder von Entente-seite kommen, führen lassen.

Was wir jetzt in West-Berlin verhandeln, geht nur um uns und die Russen an. Damit ist auch unsere Haltung zur Frage des Selbstbestimmungsrechtes klar und deutlich vorgezeichnet. Dieses Recht darf nach der völkerrechtlichen Erklärung im Hauptantrags des Reichstags keine Deutung finden, der lediglich von den Interessen der Entente ausgeht. Bei dieser Gelegenheit möchten wir einen Irrtum, der durch verschiedene Darstellungen in der Presse entstanden ist, ausbügeln. Die russische Presse hat bekanntlich in recht scharfen Worten Mitteilungen verbreitet, wonach die russische Delegation gegen unsere Erklärung vom 28. Dezember erst das heftigste Protest erhoben und sie als nicht in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme vom 25. Dezember bezeichnet habe. Durch die Einwirkung in das amtliche Verhandlungsprotokoll von West-Berlin können wir nun feststellen, daß die deutschen amtlichen Erklärungen durchaus dem Stande der Verhandlungen und dem Inhalte des Protokolls vom 28. Dezember entsprechen. Die von einem Teil der russischen Presse veröffentlichten Darstellungen beruhen auf altem Gerüchtswesen. Die Russen haben unsere Stellungnahme nicht ohne weiteres abgelehnt, sie haben lediglich ihre Bedenken geltend gemacht und eine konfirmatorische Verhandlung dieser Dinge angesetzt. Freie Bahn! Das ist nunmehr gegenüber uns und gegen England die deutungs-freie Richtlinie.

Französische Angriffe bei Slirey gescheitert.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 9. Januar. (W.T.V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Unter starkem Feuerschutz stiegen englische Erkundungsabteilungen gegen den Südrand des Houthoulsterwaldes vor. Einige Kompanien griffen an der Bahn Boesinghe-Station an. In keiner Stelle konnte der Feind unsere Linien erreichen; in unserem Feuer hatte er schwere Verluste.

Weiterwärts von Lens lebhaft Artillerietätigkeit.

Rußland.

Die Erfolge der ukrainischen Rada.

Berlin, 8. Januar. Die bisherige Entwicklung des ukrainisch-russischen Streites hat zu einem bedeutenden Erfolg der ukrainischen Regierung und zur Festigung ihrer Macht geführt. In einem großen Teil der Ukraine ist das russische Militär entwaffnet und heimgekehrt, die maximalistischen Führer sind verhaftet oder ausgewiesen worden, ferner ist es der Ukraine auch gelungen, wenn auch teilweise nach heftigem Kampf, die Herrschaft über die rumänische und die südwestliche Front zu erlangen. Die meisten russischen Regimenter, die sich nicht fügen wollten, sind entworfen worden. Die beiden Fronten sind, einer Stockholmer Nachricht der Täglichen Rundschau zufolge, unter dem Oberbefehl des der ukrainischen Regierung ergebenden Generals Tscherbakof vereinigt, jedoch die ukrainische Regierung über eine bedeutende Feldarmee an der Front vom Schwarzen Meer bis zum Brijet und über die einzige noch vorhandene, wenn auch nicht gerade schlagfähige, so doch einigermaßen geschulte Armee verfügt.

Die Friedens-Verhandlungen mit Rußland.

Eine Falschmeldung der russischen Telegraphen-Agentur.

Wien, 8. Jan. (W.T.V.) Wie aus Wätern des neutralen Auslandes ersichtlich ist, hat die russische Telegraphenagentur eine Nachricht verbreitet, wonach die Regierung der Arbeiter, Soldaten und Bauern auf den deutschen Vorschlag über Polen, Kurland und Litauen nicht eingegangen. Unter dem Besetzungszustand sei es fälschlich, von einem freien Ausdruck des Volkswillens zu sprechen. Die deutsche Regierung gebe darauf aus, einen Teil der besetzten Gebiete, die Rußland gehören, zu räumen, aber es weigere sich, Polen und Litauen zu räumen. Darauf könne die russische Revolution niemals eingehen und werde auch niemals darauf eingehen. Die Revolution der Arbeiter und Bauern lasse sich nicht ausliefern, weder an die eine noch an die andere imperialistische Bande. Das Wiener K. K. Büro stellt fest: Diese Meldung (der Petersburger Tel.-Ag.) entspricht in keiner Weise den Tatsachen, wie aus dem Text der am 28. Dezember von der russischen Delegation erteilten und bereits veröffentlichten Antwortnote hervorgeht.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Staatssekretär Dr. Soif über die Missionen in den deutschen Schutzgebieten.

Berlin, 8. Jan. (W.T.V.) In einer Versammlung der deutschen Kolonialgesellschaft, Abteilung Berlin-Charlottenburg, im Saale der Kgl. Hochschule für Kunst in Charlottenburg sprach heute der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Soif, über die Missionen in den deutschen Schutzgebieten. Angefaßt des schweren Zusammenbruchs, den die deutschen Missionen in unseren Schutzgebieten durch den Krieg erlebt haben, erhob der Staatssekretär seine gewichtige Stimme, um die öffentliche Teilnahme an die Bedeutung der Missionen für den Wiederaufbau der Kolonien zu lenken. Die deutschen Missionen sind schwerer noch als durch die Verheerung ihrer Arbeitsfelder durch den Tod vieler ihrer Kräfte auf den heimatischen Schlachtfeldern und in den Kolonien getroffen worden. Unter besonders dankbarer Hervorhebung der Opfer, die die Missionen in dieser Zeit auf allerlei Weise dem Vaterlande gebracht haben, schloß der Staatssekretär mit der zuversichtlichen Erwartung, daß sie nach dem Kriege mit größeren Zwecken neu aufblühen würden. Dazu müsse die deutsche Christenheit opferwillig mitwirken.

Der englische Arbeitsminister über den Kollernbund und den Wirtschaftskampf nach dem Krieg.

Bern, 8. Jan. (W.T.V.) In seinem Aufruf bezieht der englische Arbeitsminister Roberts ferner die beim englischen Arbeiterium weitverbreiteten, auf die Gründung einer Völkertage gestellten Hoffnungen und warnt: Wir müssen zusehen, wie der Triumph der alliierten Völker das unumgängliche Vorbild der Gründung einer solchen Liga ist. Sinesächlich des Wirtschaftskampfes nach dem Kriege sagt der Aufruf: Selbst wenn ein Ergebnis dieses Konfliktes die Verrichtung militärischer Kräfte sein sollte, ist es sicher, daß wirtschaftliche Kämpfe zwischen den Nationen fort-dauern werden, und niemand die wirtschaftliche Vernichtung eines feindlichen Volkes wünscht, wird unsere Hauptbestrebung sein, die wirtschaftliche Genesung unserer eigenen und der verbündeten Nationen zu betreiben. Die Nachfrage nach Rohmaterial wird so groß sein, daß wir uns werden bemühen müssen, es so sehr als möglich zu kontrollieren, um das Material zu anderen Mächten und den Ländern der Alliierten zu leiten. Mit es, wenn dadurch die Leiden der feindlichen Länder verlängert werden, nicht die gerechte Strafe für die Sünden, die sie begangen haben? Der Aufruf schließt: Ohne Sieg kann die Welt nimmermehr Frieden und Sicherheit erlangen.

Die Vorkläre Lloyd Georges die Mindestforderungen Englands.

London, 8. Jan. (W.T.V.) Reuter. Daily Chronicle schreibt: Die Staatsmänner der Mittelmächte müssen bedenken, daß die von Lloyd George aufgestellten Bedingungen unsere Mindestforderungen sind. Sie können nicht herabgesetzt, sondern höchstens verhärtet werden. Dies sollte namentlich von Österreich-Ungarn und der Türkei wohl bedacht werden, denn die Alliierten könnten wegen ihrer eigenen Sicherheit eine drastische Politik in Anwendung zu bringen. (Was soll diese Drohung?) — Die Times schreibt: Für Deutschland und in noch höherem Grade für Österreich-Ungarn und die Türkei ist die Erklärung des Premierministers eine Warnung. Sie wird vom ganzen Reich, von den anderen Alliierten und von den Vereinigten Staaten allgemein als das nicht weiter herabsetzbare Minimum unserer Forderungen betrachtet. (1) Die Bedingungen, die einzigen der verbündeten Mittelmächte aneboten werden, sind außerordentlich günstig und werden von der vollen, christlichen und sofortigen Annahme der an sie geknüpften Forderungen abhängig gemacht. Wenn diese Forderungen nicht angenommen werden, verfällt das Angebot.

Schwere Ausschreitungen gegen die Juden in Tunis.

Berlin, 7. Jan. (W.T.V.) Die in Konstantinopel erscheinende Zeitung Anvare bespricht in einem Leitartikel die pogromartigen Ausschreitungen gegen die Juden in Tunis, die unter Führung französischer Soldaten zu Mordtaten und Plünderungen in Sfax, Bizerte, vor allem aber in der Stadt Tunis geführt und unter den nordamerikanischen Juden eine außerordentliche Beunruhigung hervorgerufen haben. Erst ganz langsam sieht, da die französische Presse alle Nachrichten unterdrückt hat, die ganze Wahrheit durch und erhält man einen Eindruck von dem gewaltigen Umfang der Exzesse. Die in Genf erscheinende Revue du Maghreb hatte schon vor längerer Zeit die französische Regierung vergeblich darauf hingewiesen, daß die in Tunis geführte, systematische, antisemitische Campaigne zu blutigen Exzessen führen müsse. Seit diesen Monaten hebt nämlich das offizielle Regierungsorgan, die Dépêche Tunisienne und das Blatt Colon français in aufreizender Weise gegen die Juden. Beide Blätter stellen die Juden, obwohl sie durch Befehl vom Seeresidenten ausgenommen sind, als Drückberger hin und entfallen überhaupt eine konsequente antisemitische Propaganda. Die entsetzlichen Exzesse sind eine selbstverständliche Folge dieser Gehärdet, die die französische Regierung nicht nur nicht gebindert, sondern in ihrem

Der Krieg zur See.

Neue U-Boot-Taten.

Berlin, 9. Jan. (W.T.V. Amtlich.) Im Atlantischen Ozean und im Ärmelkanal sind kürzlich von unseren U-Booten 5 Dampfer und ein Seiner versenkt worden. Mit Ausnahme eines waren sämtliche Dampfer bewaffnet und fuhren im Geleitzug.

Einem unserer U-Boote gelang es durch zähes Besthalten und geschicktes Manövrieren aus ein und demselben Geleitzug drei schwer beladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Bernard“ (3082 Tonnen) mit Kohlen nach Gibraltar und „Bristol City“ (2511 Tonnen) mit Stückgut, hauptsächlich Chemikalien, die nach New York bestimmt waren und nach Angabe der Besatzung einen Wert von etwa 40 Millionen Mark hatten. Der Seiger war ein Volksschiff von annähernd 2000 Tonnen Größe.

Der Chef des Admiraltades der Marine.

Berlin, 9. Jan. (W.T.V.) Die Versenkung des Dampfers „Bernard“ lenkt die Aufmerksamkeit auf den durch unseren U-Bootskrieg gründlich gerüttelten englischen Kohlenhandel. Die Kohle, sagte Lloyd-George im Jahre 1915 in seiner klassischen Rede an die Walliser Bergleute, ist das Lebensblut der Nation. Mit der Kohlenausfuhr behalt England ein den großen Teil seiner Einfuhrschuld. Jetzt erweist es im Kohlenüberfluß, weil ihm Schiffe fehlen zum Transport über See. Selbst im Inland können die Eisenbahnen, die durch Einschränkung der Kohlenzufuhr gewaltig angeknöppelten Verkehrsbedürfnisse nicht mehr erfüllen. Die schwarzen Schiffe häufen sich auf den Gruben, drücken dort auf den Preis, zwingen zur Einschränkung der Produktion und zur Arbeitslosigkeit, entwerfen den Betrieb. Erst kürzlich mehrten 2000 Arbeiter auf einer einzigen Grube auflassen werden. Andererseits steigt die Kohlennot der Welt. In Frankreich werden die Thea-

Stockholm, 8. Jan.

Zum Leiter der Petersburger Telegraphen-Agentur wurde der (auch in Deutschland durch seine Durtretarbeiten in der Sozialdemokratie, N) bekannte sozialistische Schriftsteller Radek ernannt.

Ein russischer Funkpruch über Pläne der Entente.

Berlin, 8. Jan. (W.T.V.) Ein Funkpruch aus Petersburg vom 6. Januar 1918, 9.40 Uhr vormittags: „An M.“ befragt: Lloyd George äußerte sich in dem Sinne, daß Rußland erst seine Grenzen mit Deutschland und Österreich-Ungarn festsetzen müsse, ehe von Verhandlungen über den allgemeinen Frieden die Rede sein kann. Die Publizisten der Ententeländer wirken mit größerer oder geringerer Aufrichtigkeit darauf hin, daß es für die Alliierten vorteilhafter sein werde, Friedensverhandlungen ohne Rußland zu führen, da Rußland sich jetzt an den allgemeinen Unternehmungen nur mehr mit negativem Kapital beteilige. Wenn in diesen Unternehmungen ein Umsturz zu verzeichnen ist, so nur nach der Seite größerer Aufrichtigkeit. Die Alliierten halten es für vorteilhafter, den Deutschen die Abrechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutschland soll sich auf der Linie des geringsten Widerstands auf Kosten Rußlands entschließen. Je größer die Entschädigung im Osten ausfällt, umso leichter wird es dann den alliierten Regierungen sein, sich mit den Deutschen im Westen zu einigen. Selbstverständlich können die Alliierten die gleichen Resultate auch auf dem Wege eines allgemeinen Friedens erzielen. In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten Polen, Litauen und Rumänien bewußt verraten und diese Länder als Münze zur Begleichung ihrer Rechnung mit Deutschland benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel bequemeren Weg, Rußland zu einem Sonderfrieden zu veranlassen. Sie werden den Deutschen erlauben, die Letzen, Litauer und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Vergewaltigung auszunutzen, sondern auch die Verantwortung dafür vor ihren eigenen Wölfen abzuschleudern. — Dies der Plan der Entente.

Politische Nachrichten.

Rücktritt der australischen Ministeriums.

Melbourne, 8. Jan. (W.T.V.) Das Kabinett Hughes hat infolge der Niederlage bei der Volksabstimmung über die Dienstpflicht abgedankt. Der Arbeiterführer Tudor ist mit der Bildung des Ministeriums beauftragt worden.

Paris, 9. Jan. (W.T.V.) Savas.

Der französische General Lize ist an der italienischen Front gefallen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 9. Januar 1918.

Am Regierungstisch: Staatsminister Frhr. v. Bodman und die Minister Dr. Rheinboldt, Dr. Gübich und Dr. Düringer.

Präsident Dr. Reuter eröffnet um halb 10 Uhr die Sitzung, indem er dem Haus ein glückliches neues Jahr wünscht. Sodann knüpfte der Herr Präsident an die Veränderungen im Staatsministerium zunächst warme Worte für den ausgeschiedenen Staatsminister Frhr. von Dufsch. Mehr als 40 Jahre habe er in den aufeinanderfolgenden Ministerien dem badischen Staate seine unermüdete Arbeit und erfolgreichen Dienste geleistet. Aus dem Geleite der Justiz, des Kultus und der Schule hat er sich bewährte Verdienste erworben. Seine manente Gesundheit hat ihn veranlaßt, auf den Rat seiner Vorgesetzten dem Staatsdienste zurückzutreten. Wir danken ihm für das, was er in seiner langen, arbeitsreichen Dienstzeit dem badischen Staate geleistet hat. Wir wünschen ihm für das, was er in seiner langen, arbeitsreichen Dienstzeit dem badischen Staate geleistet hat. Wir wünschen ihm für das, was er in seiner langen, arbeitsreichen Dienstzeit dem badischen Staate geleistet hat.

Den Minister Bodman begrüße ich bei seinem ersten Erscheinen in seiner neuen Eigenschaft als Präsident des Staatsministeriums namens der Kammer aus dem herzlichsten und herzlichsten. Ich wünsche ihm zu der neuen Stellung alles Glück und Segen. Vor allem wünsche ich, daß seine vortreffliche Gesundheit und unerschöpfliche Arbeitskraft und Arbeitslust ihm bei der ihm jetzt langen Jahre an der Spitze eines großen Ministeriums haben Arbeit in sich, ihm noch recht lange erhalten bleiben möge. (Beifall.) Zugleich begrüße ich den neuen Minister der Justiz, des Groß- und des Kleinhandels Dr. Düringer. Er ist zu dem hohen Amte berufen worden, nachdem er alle Stufen der richterlichen Laufbahn durchlaufen hat und sich als vorzüglicher Schriftsteller einen namhaften Namen in der deutschen Juristenwelt gemacht hat. Er bringt zu seinem Amte alle Voraussetzungen zu erfolgreicher Arbeit mit. Der badische Richterstand ist sehr erfreut, daß nach langer Zeit wieder ein Mann an die Spitze des Justizministeriums gestellt wurde, der die richterliche Laufbahn durchgemacht hat. Wir wünschen ihm Glück und Segen und volle Gesundheit.

Staatsminister Frhr. v. Bodman dankt herzlich für die so warmen Worten des Präsidenten und die Zustimmung des Hauses hierzu, die dem bisherigen Staatsminister, seinem Freunde Frhr. v. Dufsch, gewidmet wurden. Als Minister, seinen Kollegen, war es eine schmerzliche Zeit, sich zu scheiden, wie die Gesundheit des Herrn Staatsministers zurückging. Er hat durch seine große Gewissenhaftigkeit und sein starkes Vaterlandsgeschick und seine Liebe zu seinem Beruf und zum badischen Reiche, sowie nicht zum mindesten zufolge seiner Treue und Anhänglichkeit zum Großherzog dem badischen Staate große Dienste geleistet. Er betrachtet es als Pflichten, zurückzutreten in dieser Zeit, und entschloß sich erst dazu, als ihm die Ärzte dies dringend geboten. Ich schätze mich den Wünschen des Präsidenten für ihn an. Von Herzen danke ich ihm für die Worte der Begrüßung aus dem neuen Minister Dr. Düringer und auch für die Worte, die er mir gewidmet. Da ich heute zum erstenmal als Staatsminister vor Sie trete, werden Sie ein Wort vernehmen wollen über die Ansichten und Absichten. Ich befinde mich hierin in voller Übereinstimmung mit meinen Kollegen. Ich habe zehn Jahre als Minister des Innern mit Ihnen gearbeitet und Sie kennen gelernt und Sie mich. Es ist aber etwas anderes als Reformminister, etwas anderes an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen. Ich möchte Ihnen das gern, wie ich mein Amt auftrage und mich in der nächsten Zukunft betätigen will.

Unser aller Gedanke werden zur Stunde beherrscht von den großen Fragen der Zeit. Der badische Staat ist ein unerschütterter Teil des Reiches. Mit großen Opfern ist die Einigung des Reiches erlangt worden, mit noch größeren muß sie erhalten werden. Im Osten ist die Abwehrfronten ausgegangen nach Jahre langem Krieg. Aber unsere anderen Feinde, insbesondere George, wollen immer noch den deutschen Land aus dem Reiche austreiben und sie wollen keinen Frieden. So muß das Schwert entscheiden. Unsere militärische Lage war noch nie so gut wie jetzt. Hinderung verfehlt es uns. Das Schwert muß nun entscheiden. Dabei werden auch die badischen Kruppen ihren Teil haben. Wir werden dafür eintreten, daß der landesheerliche Charakter des Reiches erhalten wird. Der Krieg geht seinem Ende entgegen. Darum wird es Zeit, auch an gesellschaftliche Aufgaben heranzutreten. Doch kann nicht in die ganze werden, als in der Eröffnungswende angefangen wurde. Es fehlen uns im Ministerium dazu die nötigen Kräfte. Dazu kommt, daß das Haus im Frieden gewöhnt ist. Wir begreifen zwar die Bedrohungen hier; aber im Reiche fehlt die Waffe derselben. Ohne ihre Stimme wollen wir an die großen Werdungsarbeiten nicht hantieren. In meiner Eröffnungswende habe ich der neuen Zeit gedacht. Wir haben allen Stolz, auf den Träger der badischen Krone zu sein. Vor 100 Jahren wurde Baden die Verfassung gegeben, die weiter entwickelt wurde. Ich kann nicht finden, daß ein Bedürfnis vorhanden ist zu einer parlamentarischen Regierung. Dagegen werde ich mit dem Parlament kein Fühlung halten auch außerhalb der Ständeverammlung. Ich begrüße auch den Antrag auf Erweiterung der Befugnisse des landständischen Ausschusses. Der Minister spricht sich für einen Ausbau der Zweiten Kammer zu einer Ständeverammlung unter Einwirkung weiterer bürgerlichen Kreise aus. In der Zweiten Kammer sollen auch die Minderheiten durch die Verhältniswahl zu ihrem Rechte kommen. Die Regierung kann aber ihre Bedenken gegen dieses Wahlverfahren nicht zurückstellen und empfiehlt es nur für die großen Städte. Die Änderung der Kreisverfassung wird alleis als nötig erkannt. Auch die Reformbedürftigkeit der Städteordnung wird anerkannt. Die Regierung hält nicht fest am Klassenwahlrecht, ist dagegen gegen das Frauenstimmrecht. Ein Beamtenfürsorgegesetz ist in Vorbereitung. Der Wi deraufbau wird mannigfache Arbeiten und Aufgaben bringen: Kleinwohnungsweesen, Aufbarmachung der Wasserkräfte, Verknüpfung des Gebirgsrückgangs, stiller Aufbau des Volkes. (Beifall rechts.) Es sind mancherlei Schattenseiten hervorzuheben. Ich glaube, daß wir den schweren Aufgaben und Leiden mit Zuversicht entgegengehen können. Ich danke Ihnen für die Genehmigung der Zusätze zur Einkommenssteuer und schätze mich mit vollem Herzen dem Dank und der Anerkennung des Finanzministers für die Beamten — insbesondere den Eisenbahnern, an. Ich bitte um eine hinreichend seiner Ausführungen, daß die finanzielle Selbstständigkeit des badischen Staates erhalten bleiben muß.

In dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche stehe ich auf dem Standpunkt des früheren Staatsministers. Wir besitzen der Kräfte der Religion und der Caritas. Die Polizei vermag gegen die sittlichen Schäden, die hervorgerufen, allen nicht aufkommen. Ich stelle mich auf den Standpunkt der Rede des Fröhen Mg. Wir stehen vor großen Aufgaben, denen wir uns mit gegenseitigem Vertrauen widmen wollen. Wir hoffen auf eine Auf-

wärtsbewegung des Reiches und der Bundesstaaten nach freier, freier, freier (Beifall im ganzen Saale).

Kurze Anfragen.

Abg. Dufsch (N. B.) stellt eine kurze Anfrage betreffend die Salzabgabe.

Finanzminister Dr. Rheinboldt antwortet dahin, daß die Salzabgabe im wesentlichen nicht zurückgegangen; es sei ihm die Anknappung allerdings bekannt, sie beruhe aber auf einer Panik, die Aufklärung veranlaßt, weil man glaube, die Salzproduktion werde eingeschränkt. Wir haben deshalb angeordnet, daß nur in kleinen Mengen Salz verkauft werden darf. Das hat die Meinung von einer Salznot aufkommen lassen. Hindernd wirken auch die Verkehrsbehinderungen.

Abg. Benschbach (N. B.) stellt eine kurze Anfrage über die Zurückziehung der Landfurnerleute von über 45 Jahren.

Staatsminister Frhr. v. Bodman beantwortet die Anfrage dahin, daß diese Mannschaften, soweit sie über 6 Monate vorne standen, soviel als möglich aus der Frontlinie zurückgezogen werden. Das hängt natürlich auch ab von der Geschäftsmöglichkeit und ist nicht bei allen Truppenenteilen gleich.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Es beginnt

die allgemeine Finanzdebatte.

Abg. Dr. Schöfer (N. B.): Wohl selten hat hier ein Staatsmann eine Rede von solcher Bedeutung gehalten, wie heute der Herr Staatsminister. Die Rede wird ein lebhaftes Echo im Saale und in den Schichten der Bevölkerung finden. Diese Rede erleichtert uns auch sehr ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem Herrn Staatsminister. Er ist nicht der großen Zeitfragen zuwenden, wird es meine Aufgabe sein.

der Veränderung in der Regierung

zu gedenken. Staatsminister Freiherr von Dufsch ist in den nächsten Tagen. Die Öffentlichkeit weiß, daß bei diesem Vorgang die Gesundheitsverhältnisse keine fingierten Gründe darstellten, sondern leiblicher Weltlichkeit sind. Wir hoffen und wünschen, daß die erbetene Ruhe Besserung, wenn nicht volle Genesung bringen möge. Staatsminister von Dufsch hat viele Jahre, zuerst unter dem höchsten Großherzog Friedrich I. und dann unter dem jetzigen Landesherren, dem Wirte unsere Heimat geleitet. Wir konnten nicht in allen Fällen mit ihm, was seine Regierung zu verantworten hatte, einverstanden sein und haben deshalb ab und zu ein offenes Wort der Kritik gesagt. Diese Erfahrungen hindern uns aber nicht, an dem scheidenden Staatsmann seinen Willen zur Gerechtigkeit und Billigkeit, seine besonnene Mäßigkeit, die jeder Überlieferung abhand war, vor allem seinen Sinn für die hohe Bedeutung der religiösen Kräfte, die erhabene Mission der Kirche anzuerkennen. Eine Reihe ganz hervorragender geschehlicher Werke sind unter ihm zustande gekommen. Sie werden immer Zeugnis dafür geben, daß die Entlohnung in Baden unter Staatsminister von Dufsch nicht stillstand. Das Staatsministerium ist nun dem Minister des Innern übertragen worden. Das hat wohl in manchen Kreisen, auch darüber wird eine Meinungsverschiedenheit unter uns nicht bestehen, daß hervorragende Kenntnisse und eine staunenswerte Arbeitskraft und Arbeitslust, verbunden mit einem weichen Blick für die neue Zeit und ihre Bedürfnisse, die großen Ideen der neuen Zeit und beherrscht durch Gedanken politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit den neuen Staatsminister für sein Amt befähigen. Der Krieg hat zwischen die Vergangenheit und die heraufziehende Zeit einen tiefen Strich gezogen. Diese Aufgabe legt es uns nahe, die Blide mehr vorwärts als rückwärts zu richten, zu richten vor allem auf die großen und schweren Aufgaben in Staat und Gemeinwesen, im engeren und weiteren Vaterland; diese Aufgaben stellen bestimmte Forderungen an den Leiter der Regierung, aber auch an die Parteien; vor allem scheint uns die Forderung des Zusammenhaltens, des sozialen Ausgleichs und ausgeglichener Gerechtigkeit von den Zeitverhältnissen gestellt zu werden. Es sind Gedanken, die auch uns nie fern gelassen haben. Von diesen Erwägungen geleitet, glauben wir, daß wir zusammen mit dem Herrn Minister an mancher vaterländischen Arbeit und Aufgabe zum Wohle von Volk und Vaterland arbeiten können. Wir sind gewillt, an diese Aufgaben optimistisch heranzutreten und mitzuarbeiten und so unsere vaterländischen Pflichten zu erfüllen. Wir geben dabei von der Voraussetzung aus, daß Baden von einem Ministerium geleitet wird, das über den Parteien zu stehen gewillt ist, nach dem Grundjah handelt: Justitia est fundamentum regiminis!

Das Ministerium der Justiz, des Großherzoglichen Hauses und auswärtigen Angelegenheiten hat Herr Minister Dr. Düringer übernommen. Ihm geht der Ruf juristischer Scharfe und philosophischer Tiefe voraus und damit der Ruf staatsmännischer Befähigung. Sein neues Amt wird heute mehr als je zuvor reiche Gelegenheit zur Verwendung dieser geistigen Güter geben. Wir wünschen dem Minister eine erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle unserer badischen Heimat.

Au den großen Zeitfragen nun, von denen die Gegenwart beherrscht wird, gehört das große Problem:

Wie können die Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden?

Anders stellt sich die Frage in Baden, anders im Reich. Zu beiden eine Bemerkungen. Unser gegenwärtiges Budget ist gegen früher ein außerordentlich dümmes Budget geblieben. Der daraus schließliche, der innere Gehalt desselben sei gekürzt, würde sehr tief sein.

Der Herr Finanzminister hat uns die beruhigende Versicherung gegeben, daß der Stand unserer Finanzen trotz Kriegszustand ein sicheres und befriedigendes geliebten ist. Freilich, der Verzichtung folgte alsbald die eine große Voraussetzung, daß die Millionen, die uns das Reich schenkt, seiner Zeit in hohem Maße zurückgegeben werden. Wenn unsere Finanzen in gutem Zustand sind, dann danken wir es der Klugen und weisen Finanzpolitik, die den alten Grundgedanken, den wir immer vertreten, hochhält: keine Ausgaben ohne Deduktion, die in den letzten Jahren auch in der Möglichkeit der magerten, ja an schwere opferreiche Zeitalter denkt. Diese Finanzpolitik steht heute gerichtlich da, frei von Engbräutigkeiten. Mehr und mehr fanden in ihr auch soziale Gesichtspunkte Beachtung. Diese sozialen Gedanken, speziell jene, die im sogenannten Ainderparagrafen zum Ausdruck kommen, müssen in weit höherem Umfang die Steuererhebung beherrschen. Der Vater, der 6 oder 7 Söhne ins Feld, drei oder vier Töchter in den Heimatdienst gesandt, hat dem Vaterland mehr geleistet, wie der Millionär, der seine Kriegsanleihe, vielleicht aus den Kriegsgewinnen, sich verzinsen läßt. Diese Familienleistungen muß auch der Steuerzettel respektieren! Diese Leistung muß aber auch das Volkverständnis respektieren, d. h. daß, anders, die solche Leistungen nicht aufwiegen, die Last des Ausfalls auf sich nehmen. Soziale Gedanken haben uns auch bestimmt, steuerpolitische Anträge vorzulegen.

Zur Beamtenfürsorge eine allgemeine Bemerkung: Wir haben uns dieser Frage über die vielen Eigentümlichkeiten aus Post und Bahn enthalten. Unter dem regulären Personal wären diese traurigen Erscheinungen nicht möglich gewesen. Die Vorgänge aber gehen, was ein gewissenhafter und pflichttreuer Beamtenstand wert ist. Diesen in seiner Zuverlässigkeit zu erhalten, rechnen wir zu den Staatsnotwendigkeiten für

die Zukunft. Die Beamten und Lehrer müssen so bezahlt werden, daß sie ihrem Stande gemäß leben können. Will das allgemein, so gilt das doppelt von der linderreichen Familie. Auch der Beamtenstand muß in der Lage sein, jedes Kind, das ihm der Schöpfer schenkt, ernähren und erziehen zu können. Hier wird noch manches in die Wege zu leiten sein.

Der Schwerpunkt unserer Finanzfragen liegt beim Reich und seinen Finanzverhältnissen. Es ist anzunehmen, daß der Bundesrat in nicht allzuferner Zukunft sich mit großen Steuerprojekten befassen wird. Auch die badische Regierung wird dazu Stellung zu nehmen haben. Uns schiene es, sowohl das Staats-, wie das Volks- und das Regierungsinteresse legten es nahe, dafür Sorge zu tragen, daß unnötige Aufregungen vermieden würden, daß die großen Opfer vom Verständnis und Vertrauen des ganzen Volkes getragen würden. Soll das erreicht werden, dann schiene uns eine frühzeitige vertrauliche Aussprache über diese Pläne und ihre Begrenzung mit den Vertretern des Volkes, zum mindesten mit den Führern der Fraktionen als der naturgemäße Weg.

Recht diese Fühlungnahme — bisher hat sie gefehlt — dann können wir über akademische Monologe halten. Einfluß auf den Gang der Dinge im Bundesrat haben wir nicht! Die Folge ist dann Mißbehagen und die Unzufriedenheit. Es fällt auf, daß bei der Kriegsgewinnsteuer Baden so weitgehend beteiligt ist. Nur Westpreußen kann daraus den Schluß ziehen, Baden sei eben so glücklich, in hervorragender Weise Kriegsgewinne einzubringen zu haben. Die Ursache dürfte ganz wo anders liegen. Das badische Steuerwesen scheint bei den Steuerbeamten wie bei den Steuerzahlern schwächer als sonst im Reiche ausgebildet zu sein. Nur in Baden scheint zu bestehen, daß Steuerbeamte die Sparfassenbinder zur Vorlage verlangen. Wir wünschen, daß nützlich eine einheitliche Praxis erzielt würde. Wahrscheinlich, Baden tut ohnedies seine Pflicht und tut mehr als das! Gegenüber den Säuern, die sich der Steuer entziehen, wünschen wir zurechtweisende Maßnahmen, die es verhindern, daß das Kapital aus Steuerzwecken ins Ausland wandert. Ebenso wünschen wir gesetzliche Strafbestimmungen, so daß für große schwerere qualifizierbare Steuerverhandlungen mit Gefängnis vorgesehene werden können und vorgesehene werden müssen. Wenn ein armer Teufel einige Scheiter Holz im Walde holt und sich die Stube heizt, dann kann er wegen Diebstahl ins Gefängnis kommen. Wenn ein Geizhals aber von seinen Millionen einige hundert Mark in die Hand stecken will, so weiß er wohl Mittel und Wege, den Staat um sein Anrecht zu betrüben, dann darf er ruhig ein Gefängnis vorbeimarschieren. Die Steuerdirektion ist zwar so anständig und macht mit ihm ab! Diese Zustände müssen geändert werden. Die kommende Zeit hat dafür keinen Raum und keinen Sinn mehr!

Alle die Finanzfragen hängen von der Friedensfrage

ab und zwar mehr noch vom Wirtschaftsfrieden als vom Völkerrfrieden. Nach dessen Nüchternen möchte ich mir einige Ausführungen erlauben.

Völkerrfrieden! Wenn er geklärt wurde, wenn er bis zur Stunde nicht wieder hergestellt ist, die Schuld daran liegt weder beim deutschen Volk, noch bei seiner Regierung, noch beim Kaiser; die Schuld liegt dort, wo man die Aufstiegspläne gegen unser geliebtes Vaterland erfaßt und sich an ihrem brutalen Vollzug zum Voraus ergabte. Sie fühlte und unbefähigter die Staatsmänner unserer Heimat es unzulänglich haben, um so lauter und umso feierlicher und umso einmütiger muß die Wahrheit über die große Mißthat von deutschen Volk in Süd und Nord hinausgerufen werden: Jammert mich und unerschütterlich an den Strömen, von Blut, an den Salzströmen von Tränen!

Wir sind auch daran unzufrieden, daß dem Norden und Weinen bis heute noch kein Ziel gesetzt werden konnte. Wir haben die ganze Welt zum Zeugen, wie unser Kaiser und mit ihm die verbündeten Regierungen die Hand zum Frieden boten. Sie wurde zurückgeschlagen. Wir haben abermals die Welt zum Zeugen dafür, daß auch das deutsche Volk bereit war zur Verständigung und Frieden. Die Feinde stießen das deutsche Volkes Hand zurück. Der Kaiser, getreu seiner erhabenen Mission, lud zum Frieden ein, legte auf den Verhandlungstisch zur Weisheit des Evangeliums das „jus gentium“. Wir waren bereit, den Regen in die Scheide zu stecken und uns an den Tisch zu setzen, um einen Verständigungsfrieden abzuschließen und den Völkern zu geben, wonach sie seufzen, nicht zuletzt auch jenseits der Stacheldrähte. Wir waren bereit, weil in deutschen Herzen Gewissen, Verstand und die unerschütterliche Liebe des Rechts die von dem über den Sternen, von Gott dem Herrn aus den Völkern gegeben sind, noch etwas gelten, ebenso waren unsere Feinde taub gegen die Stimme von Verstand, Gewissen und das besorgte Vaterwort, weil sie die Richter am Firmament ausgelöscht, das Gewissen, von dem, der es schuf, losgerissen, und dem Egoismus zur schmählichen Knechtung überantwortet haben. Die Schuld am verpöhlten Blut, an all den Tränen, die geflossen, die Schuld an den Wunden, die noch gefühligen werden, tragen die, welche das Band des Völkerrfriedens zerrissen und die den Frieden behindert haben.

Regierung und Parlamentsmehrheit waren bereit zu einem Frieden, aber nur zu einem ehrenvollen und einmütigen Frieden, zu einem Frieden, der unsere Ehre nicht wieder gibt, zu einem Frieden, der auch unseren Bundesgenossen volle Integrität bringt, zu einem Frieden, der uns in ein sicheres und hegenstehendes Wirtschaftslieben hindereißt, unsere Wirtschaft alsbald mit Rohstoffen versieht und uns die Meere ungehindert öffnet, zu einem Frieden, der neben der Macht auch das Recht anerkennt und unterjochten Völkern die Freiheit gibt und in dem Feinde dem Menschen nicht bezigt, zu einem Frieden, der auch noch etwas weiß von den ewigen Gesetzen, nach denen sich auch heute noch die Staatsweisheit orientieren muß. Sie lassen sich nicht außer Kurs setzen, ohne daß das Volk es büßt. Das deutsche Volk will nicht, daß diese Gesetze außer Kurs gesetzt werden. Das Volk will vielmehr, daß auf dem Verhandlungstisch neben dem deutschen Deuten auch das jus gentium liege. Daran hofft es aufzubauen, das Vertrauen der Völker und den Völkerrfrieden und ein glückliches Wirtschaftslieben. Diese Väter übersteigen auch an Wert diesen oder jenen hohen Landes, übersteigen an Wert auch manche Milliarden Geldes. Sind diese zu erhalten, gut; sind sie nicht zu erhalten, dann soll ihre Erhaltung nicht der Völker- und Wirtschaftsfrieden geopfert werden.

Wären die wesentlichen Feinde unserer Friedensbedingung geklärt wie es im Osten gesehen, dann wäre auf dem Verhandlungstisch am ersten Platz das jus gentium gelegen. Diese seltene Möglichkeit ist nun vorbei und muß vorbei sein. Jetzt wird der Regen in deutscher Faust zum Frieden laden, so deutlich und mit so zwingender Gewalt, daß auch laute englische Ohren die Ladung hören und den Lebensdank und Verbleibung blinden Franz, Diplomatenwesen die Ladung zu lesen vermögen. Unter diesen Umständen werden die Feinde von heute sich nicht wundern dürfen, wenn das deutsche Volk neben das jus gentium auf den Verhandlungstisch noch ein Schwert legt und es an den ersten Platz rückt. Wer nicht Sinn und Verständnis für Recht und Billigkeit hat, soll die ultima ratio der Macht erfahren. Wie man sich im Osten von falschen Freunden bereiten, zu einer verzweifelten, hinterhältigen Politik, dann

darf man sich dort bald überzeugen, daß man diese Wege betreten und das deutsche Schwert vergessen hat. Wir hagen zur Reichsregierung und zum Meer das Vertrauen, daß sie diese Fragen zum Wohl des Vaterlandes lösen werden.

Reichsrat und Hof sind noch immer nicht die besten Wege betreten. Sie haben es auch hier fertig gebracht, die Friedenshand zurückzustößen, die ewigen von Gott gegebenen Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen zu treten, das Blutvergießen ins vierte Jahr hineinzuweisen. Aus diesem Wahnsinn heraus, der kein Recht und keinen Richter über sich anerkennen will, kein Naturgesetz und kein Völkerrrecht, ist auch der Geheimvertrag geboren, dem Keiligen Vater die Tür zu schließen, die zum Frieden notwendig führt. Diese Tatsache hat ungeheures Aufsehen erregt in den neutralen Ländern, bei den Säuern tief die Verunsicherung ihres höchsten Treutens das Unbehagen erweckt, die Völkerrfriede herbei. Den Katholiken der ganzen Welt muß dieser Vorgang die Augen öffnen und ihrer Sympathien noch mehr zur Sache unseres Vaterlandes führen. Mit ihnen hoffen und wünschen wir, daß der Gang der Dinge die größte moralische Macht der Weltgeschichte, den Keiligen Vater, an den Friedensführenden führen wird. Es wird dort an Gelegenheiten nicht fehlen, in denen das Gebetbuch des Jus gentium aufgeschlagen und zur Beachtung vorgelesen werden muß, nicht fehlen an Verhältnissen, an denen man zum jus gentium auch noch die Gedanken des Evangeliums fügen muß, da man zum Recht auch noch die Macht der Liebe braucht. Diese geistige Großmacht wird namentlich notwendig sein, wenn auf den Völkerrfrieden der Wirtschaftsfrieden folgen soll.

Einstweilen haben England und seine Ancliffe uns den Wirtschaftskrieg

angefündigt. Was sie durch Waffengewalt nicht erreicht haben werden, das werden sie zu erzielen suchen durch einen raffinierten, struppeligen Wirtschaftskrieg, durch Mißstände, Handelsverträge, gestrichelte Beschränkungen und schändliche Verwaltungsmaßnahmen. Wenn dieser entsetzlich und gefährliche Kampf käme, würden wir ihn befehlen können? Ein Feiner der Dinge, die hier in Frage stehen, gab die Antwort: „Wir werden in diesem kommenden Kampfe Sieger bleiben wenn wir einig bleiben!“

Wir müssen dem drohenden Wirtschaftskrieg ruhig ins Auge sehen. Kommt er — er muß aber nicht kommen! — dann muß er uns parat finden. An ihm ist jeder Deutsche, auch der letzte Arbeiter, ja das neugeborene Kind in der Wiege interessiert. Darum gehen diese Fragen jeden und jedes an! Darüber kann kein Zweifel bestehen.

Wie werden den Kampf bestehen, wenn wir einig bleiben! Dieses „Wenn“ führt zur

Jüngeren Politik.

Ihr Ziel muß sein: Die Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes aus dem Weltkrieg in den etwa angedeuteten Wirtschaftskrieg ungeschwächt hindurch zu durchdringen. Die Herstellung dieser Einigkeit und Geschlossenheit, ja schon ihre Erhaltung kann all die herrlichen Experimente des Weltkrieges vermindern, vermindern das kostbare Blut der gefallenen Soldaten, und Volk und Vaterland ins Glück weichen. Es geht also abermals um Sein oder Nichtsein des Reichs! Diese Lebensfrage muß Gemeintem des Volkes werden. Sie muß besonders durch die Voraussetzungen dieser Geschlossenheit zu sein. Wir sind täglich des Mannes, was so wesentlich ist, weil wir früher und unzulänglich daran gegangen sind, diese Voraussetzungen zu schaffen. Wenn man im Norden diesem Beispiele rechtlich gefolgt, dann wäre das deutsche Vaterland heute ungleich besser dastand. Wir können mit viel größerer Zuversicht den kommenden Wirtschaftskrieg entgegen gehen. So ist es nur der Wunsch, — ihn muß man laut genug ausdrücken — bringt das Vaterland nicht in Gefahr dadurch, daß dem Volke seine selbstbestimmten begeherten Rechte verweigert oder auch nur verkleinert werden!

Einig muß uns der Wirtschaftskrieg finden; einig Volk und Regierung, einig die Stände, einig Staat und Kirche.

Einig Volk und Regierung! Was der Staatsminister heute ausführt, ist eine geeignete Brücke zu dieser Einigkeit. Hier steht im Vordergrund die Frage nach der parlamentarischen Regierung der Regierung. Wir kennen das parlamentarische System, wie es bei unseren Feinden besteht, das System der Oligarchie, der Kliquenwirtschaft und der Korruption, der Senation und der Affären. Dieses System, das den unbefähigten Politiker einer mannhafte Heberzeugung auf die Anklagebank zwingt oder ihm die Kugel ins Herz schießt, wie es bei Jaurès geschah, und den Mörder vor der Verurteilung bewahrt; das System, das es dem Präsidenten der Republik ermöglicht, ohne Kammer den Ruler Clemenceau an die Spitze der Regierung zu berufen. Volk! man auch bei uns das Volk damit beglücken, wir müssen im Interesse des Volkes unsere ganz Kraft einsetzen, unsere Heimat vor dem Unglück der Korruption zu bewahren!

Dagegen erscheint uns etwas anders erprobenswerter. Der Krieg hat die Verwaltung und die Führer des Volkes zu gemeinsamer Verwaltung und zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt. Dieses Zusammenarbeiten, getragen von gegenseitiger Wertschätzung und ehelchem Vertrauen, muß in den Gemeinden und den Bezirken und im Staate in die Friedenszeit hindübergerettet, muß ausgebaut zum deutsch in System erhoben, und damit werden jene bedeutende Weisheit des römischen Dichters: obi profanum vulgus et arceus oder die andere: hic niger est hunc in carere. Maßgebend muß vielmehr sein das Vaterwort: Ich kenne keine Parteien mehr, oder wie es vom Präsidenten der ersten badischen Kammer überjert wurde: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alle Deutsche!

Wir haben im Reiche einen Vorgang verfolgt, der geeignet ist, neue Wege zu weisen zu dem Ziel eines vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Volkvertretung. Die Rechte der Krone sollen dabei unangestreift bleiben. Wir wollen eine partei Monarchie, die ihre verantwortlichen Ratgeber frei und ungeschwächt beruft; aber die Unabhängigkeit hindert nicht, mit denen, die das Volk als die Männer seines Vertrauens erkannt hat, wenn die Verhältnisse es fordern, Fühlung zu nehmen in dem dem Exzess nach freiem Ermessen Maß zu ziehen! Wenn dafür verantwortliche Ratgeber ausgebildet werden, so werden deren Interessen von Krone und Volk und Vaterland unferes Stadens nur gewinnen.

Range herrsche wie ein Dogma der Regierungswissenschaft: Ja keinen Parlamentarier in die Regierung. Der Krieg hat mit diesem Herdogma aufgeräumt in Berlin; Kleins in Frieden dabei: Die seltene Mäpfe werden vorher in die Regierung geholt, wo sie sich finden auch an den Parlamentarier! Auch dann, wenn das Reichsgesetz hat vom Organ des Unterrichtsministers nur vom Leben abgeheмпelt ist. (Beifall links. Kol: Parlamentarisches Regierungssystem) Laut und lebhaft haben unsere Feinde Klage erhoben gegen den deutschen Willkürismus. Das Ziel dieser Klage ist die Forderung von Gegenseitigkeiten im Reiche zur Regierung. Speziell zur Regierung im föderalen Reiche. Die dem Ziele dürfen wir unter keinen Umständen weichen lassen; wir würden sonst unseren Feinden, nicht dem Vaterlande dienen!

Wie sind wir zum Willkürismus, zur allgemeinen

Beherpflicht, und zu in unferem Volke ge nicht Volkseigenen fördern die Tatkraft, die in jahrelangen Krieg napolenonischen Raub Exzerzipf fremden hunden konnten, so wurde. Spät, zu sp hat n, um seine G t as war das Ziel d als sollte unter Da Age W laas sollten Willkürismus. Da geugt sein! In jungen Reuten aus wandert. Ich werde können nie vergess. Kräfte vorer Jahr n Arbeitserlösen auch mit der Heimat erba harles, nur ein geid weiter erhalten lönn. Damit ist aber einm das Wort nicht gerei gang der Völker den Auswanderungslos e Darum begehrt sich Arbeitererlösen jekt i mus einzuengebren

Das Willkürwesen nige Einrichtung und Unvollkommenen an t besondere die Soldate Sünden auf sich laden frem guten tadeln fälle. Willkür, die unbedingt abgestellt ment und Regierung

Im Reiche hat m einrichtung als Kfriegsapparat meinen. Dieser Z gibt, in dem ein The meier, angeblich des weil er die Duellver wuß fallen. Er reprä horten Willkürismus. Österreich verdient abmung!

Der Wirtschaftsta Stand einig finden. bedingungen geschafte hzigen Standpunkt weggeführt zu jener Staatsmann in die l und dem Wagen gele geht es allen gut. V ganzen Ralte wieder ist ungsfähige Land bedurte. Man Staatsweisheit gehö ergebnisse teuer an billige Lebensmittell rentiert. Heute fram Gedanken, was mit Regep befördert hätten. Jenen, den England, holte. Die Folger selbst. Kaiserlich fratischen Literatur und Agrarpolitik!

Eine weitere wertvol Mühebauern gebracht. Selbstwirtschaftung hen gebaut, ständer nehmen dort an den wie weit der Weg ist u und wie schwer die W jedes Produkt, auch da Sichelgötzinde. Vor derung vom Land in ge wandelnden wieder a Man hat den Wert Söhne auf dem Lan daraus jeft unsere l enstiger der Landbau eigener Scholle, schü freien Bauernmannes. So hoch wie wir den auf Kosten anderer c thnen, dem A d m d unsere volle Fröfzorg ein Stand unter den wie gerade dieser Teil der selbsttrauen stamer wertvollster, haben u Geschäft vor im beste vorwärts zu kommen, entweder ich muß von geben. Man denke s nach vier Jahren hat diese Verhältnisse l ist hier in allererf meinde, die Hilfe des aber die Selbsthilfe m

In stiller Zurückge diensthollsten Jugendl Lehrerrinnen, Prälatie flechtigen Geburtsrecht geht sie nach lang Jugend die wohlberie Monaten durch langn Unfalls unterbrochen eine edle Tochter der zu Würburg in We hter Heimat zugetan, mittwill zu ergrüben Lebrtätigkeit in der heberin der blühende weiter, — hat sie dungen und Schilder reichert. Wir erinnern Gräfin Dalkheim, „momas Plaquegeister“.

Die Gräfin von Ard Waburgja ihr Ziel er fenblut“ um. Aller meissen Schriften und ihrem Dichternamen hat sich durchsiefen durch weitere Kreise. Insofern freuen wir aufsprechen zu kimer aus noch manches Ge. Man möge halt von ihrem Nachlaß at Abendjonne betachtelt dens aufsteigen, nach

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

Ther

daß man sich
bereits hat
Der das Ver
des Vaterlandes
nicht die besten
fertig gebracht,
wogen von Gott
Nützen zu tre
einmütigen
recht und keinen
Naturgesetz und
vertrag geboren,
n, die zum Krie
generes Aufsehen
Sündern tief
tens das Unbe
n Statthaltern der
igen Offizien und
n Sache unferes
n und wünsch
moralische Macht
n den Friedens
gegenheiten nicht
s genium auf
werden muß,
um zum jua
angewandten
Macht der Liebe
namentlich die
den der Wirt
e Rechte uns
halt nicht erreicht
den Juden durch
Hauptkampf, durch
Erzählungen und
Bemühen die
den hier in
werden in
Sieger bleib
Kriegsrieg ruhig
s aber nicht kom
en. In ihm ist
e, ja das neue
Darum gehen
rüber kann kein
dennt wir einig
Geschlossenheit
er in den etwa
bert hinüber —
einigkeit und
ann all die herr
Gedanken, vergu
Gedanken, und
geht also aber
Die Heber
werden. Sie muß
zu wenig Ver
der Geschlossenheit
s tun da wesen
erklärlich daran
zu schaffen. Wäre
ellig gefolgt, dann
nicht besser daran
die Kommen
So nicht
so genug aus
Gefahr dadurch,
gegriffen Rechte
werden!
finden; einig
die Gläub
führte, ist eine
Hier steht im Ro
a e n t a r i e
en das parlamen
inden besteht, das
schafft und d r
Affären. Dieses
er einer mann
band zwingt aber
s bei zur S ge
gung bewahrt;
der Republik er
meineau an die
ist: man auch bei
hen im Interesse
n, unsere Heimat
erwarten!
es erstrebenswert.
e Führer des Vol
zu gemeinsamer
Zusammenarbeiten,
und schließlich
und den Bestre
hübergeordnet, muß
und damit be
heit des römische
o oder die ander
d und muß v
e Parteien mehr
en badischen Stam
Parteien, aber es
dem verfolgt, der
zu dem Ziel eines
glichen Regie
e der Krone sollen
Allen eine feste
Ratgeber frei und
händigkeith hindert
die Männer seines
erhältnisse es for
nem Ex-quis nach
dann dafür un
werden, so werden
und Vaterland un
Regierungsw
die Regierung. Der
eräumt in Berlin;
gehen. Offiziell
genen Köpfe werden
sich finden auch
dem das Reichs
ministers nur vom
s o b: Parlamen
und lehnt haben
r Anlage ist die
den Deutschen
r Anlage ist die
den Deutschen
r Anlage ist die
den Deutschen

Wahrheit, und zur Pflege des militärischen Geistes
in unserem Volk gelommen? Nicht fürchtenlaune und
nicht Volkseinstimmigkeit haben den Militarismus geboren,
sondern die Tatsache, daß unser geliebtes Vaterland im
der blutigen Krieg, im heftigsten Krieg, in dem
napoleonischen Kriegen und sonst noch oft zum
Opferplatz fremder Militarismus niedergelassen
wurde. Spät zu spät hat sich dagegen unser Volk er
hoben, um seine Einheit seinen Schutz zu schaffen.
Was war das Ziel der Feinde in diesem Krieg? Aber
als sollte unser Vaterland Kriegsschauplatz werden, die
Auge M. Laas sollten wiederkehren. Wenn wir es ver
hindern konnten, so danken wir dies Glück dem deutschen
Militarismus. Wozu muß auch der letzte im Volk über
zeugt sein? In meiner Jugend sind Tausende von
jungen Leuten aus der Heimat nach Amerika ausge
wandert. Ich werde die herzerweichenden Abschieds
reden nicht vergeßen. Bis zu 200 000 solcher Arbeits
kräfte verlor Jahr für Jahr unser Vaterland. Es ist
anders geworden. Wir konnten in der Heimat unsere
Arbeitskräfte auch Arbeitsdienst bieten und sie damit
in der Heimat erhalten. Nur ein siegreich s, nur ein
starkes, nur ein gesichertes Deutschland wird den Zustand
weiter erhalten können. Ohne Wehrmacht geht es nicht.
Damit ist aber ein ewiges Welterben der Völker
das Wort nicht gerecht; auch hier wäre eine Verständi
gung der Völker denkbar und sehr zu begrüßen. Die vom
Auswanderungslos erit Betroffenen wären die Arbeiter.
Darum bezieht sich die Erinnerung, daß gerade aus
Arbeitskräften jetzt besserer Verständnis dem Militarismus
entgegengebracht wird.

Das Militärwesen im deutschen Lande ist eine mensch
liche Einrichtung und trägt darum auch die Spuren des
Anschlusses an sich. Wir bedauern die Fehler, ins
besondere die Soldatenmishandlungen. Die, welche solche
Sünden auf sich laden, wissen nicht, was sie tun an un
serem guten deutschen Volke. Es sind aber nur Einzel
fälle. Mißstände, die festgestellt werden können, müssen
unbedingt abgestellt werden. Darin müssen sich Parla
ment und Regierung einig sein.

In Kriegen hat man im allgemeinen mit der Duell
einrichtung als Conditio sine qua non für den
Offiziersstandpunkt aufgeführt; ich sage „im allge
meinen“. Dieser Lage jedoch wurde mir ein Fall er
zählt, in dem ein Theologe, ein durchaus tüchtiger Theolo
ge, angeblich deswegen nicht Offizier werden kann,
weil er die Duellpflichtung ablehnt. Dieser Unfug
muß fallen. Er repräsentiert ein Stück des mit Recht ver
hohlenen Militarismus. Das Beispiel des Kaisers Karl von
Österreich verdient auch im deutschen Reiche Nach
ahmung!

Der Wirtschaftskampf soll unser Volk von Land zu
Land einig finden. Der Krieg hat hier manche Vor
bedingungen geschaffen, die einzelnen Stände dem ge
hörigen Standpunkt der spezifischen Landesinteressen
weggeführt zu jener Staatsweisheit, die der römische
Staatsmann in die Fabel von den streitenden Gladiatoren
und dem Wagen gelegt hat. Geht's dem Gange gut, so
geht es allen gut. Vor allen Dingen hat der Krieg dem
ganzen Volke wieder zum Bewußtsein gebracht, was ein
leistungsfähiger Bauerstand für das Vater
land bedeutet. Man hat vor dem Kriege oft den Rat als
Staatsweisheit gehört: Verkauf doch eure Industrie
erzeugnisse teuer an das Ausland und laßt euch von dort
billige Lebensmittel liefern und baut nur noch, was sich
rentiert. Heute trauert sich das Herz zusammen bei dem
Gedanken, was mit uns geschehen wäre, wenn wir das
Rezept befolgt hätten. Wir hätten zwar den Frieden, aber
jeu, den England mit der Hungerpestliche diffieren
wollte. Die Folgenungen ergebe sich für die Zukunft von
selbst. Katastrophal ist man auch in der sozialdemo
kratischen Literatur von einer Umwälzung „der Boll
und Agrarpolitik“ Wir begrüßen diesen Umschwung.
Eine weitere wertvolle Erkenntnis hat der Krieg den
Mädchern gebracht. Die Städte haben Gutsböden in
Selbstwirtschaftlich genommen, kleine Leute ihre Gärten
gebaut, Kinder kamen zu den Bauern aus Land und
nahmen dort an den Arbeiten teil. Man hat erfahren,
wie weit der Weg ist vom Produzenten zum Konsumenten,
und wie schwer die Arbeit der Bauern ist. Wir wissen jetzt
jedes Produkt, auch das unscheinbarste, zu werten, z. B. die
Eidelschokolade. Vor dem Krieg besaßen wir die Wan
derer vom Land in die Stadt. Der Krieg führte die ab
gewanderten wieder zur Waße und zum Vetter aus Land.
Man hat den Wert des freien Deins, den Wert der
Scholle auf dem Land wieder geschätzt. Vielfach steht
heute unser ländliche Jugend die Konsequenz und ent
spricht der Landflucht! Schreit das eigene Heim auf
eigener Scholle, schreit das freie Königtum des schulen
freien Bauernmannes. „Aber ihm steht nur die Sonne!“
So hoch wir die Bauernstand stellen, eine Rolle z
auf Kosten anderer Stände darf es nicht gehen, auch
hnen, dem Handwerker wie dem Kaufmann
unserer volle Fürsorge und diese um so mehr, als kaum
ein Stand unter den Kriegsverhältnissen so gelitten hat,
wie gerade dieser Teil des Mittelstandes. Mehr wie einer
der fehdrauen Kameraden, eheliche und fremde Hand
werkermeister, haben es mit oft und oft gesagt: das
Geschick war im besten Gang, ich war glücklich, ich hoffte
vorwärts zu kommen, nun ist alles zu Grunde gerichtet;
entweder ich muß von vorn anfangen oder in die Fabrik
gehen. Man denke sich in eine Kriegserlebe hinein, die
nach drei Jahren harter Kämpfer vor dem Feind in
diese Verhältnisse heimkehren soll! Wenn irgendwo, so
ist hier in allererster Linie die Hilfe von Staat und Ge
meinde, die Hilfe des Volkes notwendig! Allen voran muß
aber die Selbsthilfe marschieren. Sie zu organisieren, das

Therese Hiltentamp.
In stiller Zurückgezogenheit bogte eine unserer ver
dienstvollsten Jugendführerinnen und erfolgreichsten
Lehrerinnen, Frauente Hiltentamp, ihren
Lehrjahre Geburtstag. Um Gleichheit bei den Jungen
genießt sie nach langer schwerer Arbeit im Dienste der
Jugend die wohlverdiente Ruhe, die leider in den letzten
Monaten durch langwierige Leidenswochen infolge eines
Anfalls unterbrochen wurde. Therese Hiltentamp ist
eine edle Tochter der roten Erde, am 9. Januar 1848
zu Warburg in Westfalen geboren. Mit ganzer Seele
heer Heimat zugehen, von der sie ihren Freunden so ge
mühtvoll zu erzählen weiß. Neben der aufopfernden
Lehrstätigkeit in der Schule, — sie war zuletzt Vor
lehrerin der blühenden Höheren Mädchenschule in Esch
weiler, — hat sie durch zahlreiche meistfachte Erzieh
ungen und Schulberufen unsere Jugendliteratur be
reichert. Wir erinnern nur an „Dorle Berner“, „Die
Gräfin Hallstein“, „Stefan Dergels Kinder“, „Groß
mamas Biographien“, „Dollors Anklagen“, „Katie“,
„Die Ebin von Ardara“, „Die beiden Großen“, „Die
Waldburgs ihre Ziel erreichte“, „Normannentat und Fran
kenblut“ usw. Allerdings hat die Schriftstellerin ihre
meisten Schriften und Erzählungen in Veröffentlichung
ihrem Dichternamen „Anna Hilten“ veröffentlicht und
hat sich dadurch vielfach dem Dank und die Anerkennung
durch weitere Kreise in stiller Bescheidenheit entzogen.
Auch immer freuen wir uns, heute ihr unseren Dank
auszusprechen zu können. Möge ihre nie rastende Feder
uns noch manches Herzenskind ihrer Dichtkunst schen
ken. Und möge bald über den Vogesenbergen, die sie
von ihrem Betrachter aus so gern an der Verkünderin der
Abendsonne betrachtet, auch wieder die Sonne des Freie
dens aufsteigen, nachdem sie so schmählich verlangt.

schiene mir die dringendste Aufgabe. Hier möchte man
früher wünschen, wie sie sich auch die Arbeiterwelt er
zogen haben! Die Arbeiter haben ihre Führer darum
aber auch ihre bestimmten Forderungen. Die Gewährung
der gesetzlichen Landesorganisationen ist vom neuen
Reichstanzler zugesichert. Auf dieser Erzeugung muß
aufgebaut werden der Ausbau des Einigungsweffens.
Der aus dem Felde heimkehrende Arbeiter und der Ar
beiter, welcher für zwei in der Kriegsinindustrie geschäft,
lehnen es ab, von der Gnade oder Ungnade des Unter
nehmers abhängig zu sein. Sie verlangen gleichberechtigte
Stellung und darum bei Differenzen ein Verfahren auf
der Basis der Gerechtigkeit. Der Unterjochungsriede muß
mit dem Ende dieses Völkerrkrieges in deutschen Landen
ein für alle Mal sein Ende in der Welt der Arbeit ge
funden haben. Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein
Arbeiter von 40 Jahren als alt für die Industrie be
funden wird und Arbeit bettelnd von Tür zu Tür wandern
muß, um hinterher an der Front auch des Fabrikherrn
Interessen mit seinem Blut und Leben zu deden! Dann
wird der Streit zur Seltenheit gehören. Darum haben
diese Forderungen unsere vollen Sympathien! Dieser
Geist sozialen Denkens hat kein Verständnis für einen
§ 153 der Gewerbeordnung, ein geschlossenes, höchst ein
seitiges, arbeitgeberndes Ausnahmengesetz, in erster
Linie gegen die organisierten Arbeiter.

In Baden fordern die Arbeiter ihre Vertretung
in der Ersten Kammer. Wir haben diesen Ver
langen einmütig Ausdruck gegeben dadurch, daß wir einen
dahingehenden Antrag gestellt haben. Wenn es dort
heißt, die kommenden Arbeitssamern sollten die drei
Vertreter der Arbeiterschaft wählen, so ist natürlich nur
die Arbeiterschaft in der Arbeiterkammer als Wahl
körper geeignet! Ich sage das im Namen meiner Fraktion.
Wir möchten wünschen, daß wir in der Zweiten Kammer
in dieser Forderung zu einem einmütigen Resultat ge
langen, um es der Regierung und vor allem auch dem
anderen großen Haus mit allem Nachdruck und mit vollem
Ehrgefühl vorlegen zu können. Dabei sind die technischen
und kaufmännischen Angehörten ihre ständige Vertretung,
dann dürfte auch für sie der Zeitpunkt gekommen sein,
Sitz und Stimme gleich den Bauern und Arbeitern in
der Ersten Kammer zu erhalten.

Die badische Arbeiterschaft und mit ihr der kleine
Mann haben noch einen zweiten Wunsch; sie sagen: Die
Zeit des Klassenwahlrechts ist mit diesem
Kriege vorbei und muß vorbei sein; es muß aber auch
vorbei sein die Zeit jedes Wahlwahrsrechts! Wir haben
darum einen Antrag eingebracht, den Gemeinden das all
gemeine und gleiche Wahlrecht ohne die ungemessene
Klassenunterschiede zu geben. Rechte bringen Pflichten.
Dementsprechend haben wir auch eine Wändrung der
Steuererhebung vorgeschlagen. Gewählte Arbeiter
führer versichern, die Arbeitwelt Deutschlands will die
Volksgemeinschaft, die Wirtschaftsgemeinschaft und Schick
salsgemeinschaft mit den übrigen Volksgenossen und Stän
den anerkennen und befestigen. Der deutsche Arbeiter
will sein ein vollberechtigter oder auch vollverantwortlicher
Sohn des deutschen Vaterlandes! So hat er sich im
Krieg bewährt; so soll er auch gehalten sein im Vater
haus unserer Volksgemeinschaft! Auf der Weltausstellung
von Philadelphia 1876 bekamen die deutschen Industrie
produkte das Prädikat: Weltig und schön. Als der Krieg
ausbrach, wurde die deutsche Ware zur besten Ware der
Welt gewählt. Wie kam das? Wir hatten ein konsum
taffiges Volk, wir hatten aber auch einen recht ge
schulten Arbeiterstand. Unter dem Gesichtspunkt möchte ich
auch die Schulverlagen mit betraachtet wissen, ungeschadet
jedoch der Eigenart der Verhältnisse.

Kaum eine Position im Budget hat mir so viel Freude
gemacht, wie die, welche dem Kleinwohnungsweesen ge
widmet sind, um dem von der Front heimkehrenden Ar
beiter, dem nicht begüterten Familienbater, den Kriegs
invaliden ein Heim zu schaffen! Heim und Heimat sind
unerschütterbare Güter im Volkseben! Man begegnet
der Befürchtung, die großen Firmen würden hier den
Nutzen ziehen und die kleinen Stellen leer ausgehen.
Wir möchten dringend wünschen, daß gerade die kleinen
und mittleren Leute herangezogen werden.

Verständliche Anträge der Linken führen zu einer we
teren, wichtigen Ständefrage, zur Frauen
frage. Die Anträge beschränken sich aber alle auf
das Wahlrecht der Frauenwelt. Wir anerkennen eine
Frauenfrage; der Krieg hat sie zu einer brennenden ge
macht. Die Frau ist durch die Kriegsverhältnisse noch
mehr wie zuvor aus der Familie herausgerissen und ins
Leben hineingeworfen worden, in der Kampf, für den
eben nur Männermuskel und Männererleben bestimmt
sind. Die Folgen zeigen sich von Woche zu Woche mehr.
Wir sind auf dem besten Wege, die Fundamente der Fa
milie zu zerbrechen; die Gesundheit der Frauenwelt geht
zurück, zurückgeht das Kapitel weiblichen Jugendschicksals,
die Familien bewillden und der Wille zur Mutterpflicht wird
vielfach totgeredet. Wer aber das Saiten vermag, hat
der hat keine Gnade zu erhoffen, er steht vor leerem
Nest!

Aus diesen Beobachtungen und Erwägungen heraus
muß im Interesse von Volk und Vaterland alles getan
werden, um so bald und gründlich als möglich dafür
zu sorgen, daß die Mutter wieder in die Familie zurück
kehren kann, daß die Bestimmungen über Frauenarbeit
in aller Eile wieder durchgeführt werden.

Auch dann besteht noch eine Frauenfrage und zwar
als Reichs-, als Vor- und als Bildungsfrage. Unter
diesen drei Fragen scheint uns die Bildungsfrage die wich
tigste zu sein. Es wird nach dem Kriege noch mehr Mäd
chen geben, die niemand zum häuslichen Dienst führt,
die ihr Brot verdienen müssen durch ihre Arbeit. Hier
sollten dem Weibe in seiner Erwerbstätigkeit die Ver
zuse offen gehalten werden, die seiner geistigen und kör
perlichen Sonderanlage mehr entsprechen. Das sind alle
Bezüge, die eines mütterlichen haben, das Erziehen, das
Pflegen, die Fürsorge, die Hauswirtschaft. Das Unter
nehmen soll sich nicht dazu verleiten lassen, billige
Frauenhände dahingeworfen, wo Männerhände notwendig
sind; insbesondere wenn es sich um Männer handelt, die
dabei eine Familie zu ernähren haben.

Diese Bildungsfrage in der Frauenfrage kommt lang vor
der Bildungs- und Rechtsfrage. Wir erkennen aber
nicht, daß die Bildungs- und Rechtsfrage, darunter auch
das Frauenwahlrecht in einem gewissen Zusammenhang
mit der Frauenfrage stehen und darum sind wir bereit, auch
diese Fragen zu prüfen und bei Beratung der entspre
chenden Anträge mitzuarbeiten. Was der Staatsminister
hierzu gesagt hat, uns sympathisch vertritt.

Kun zur
Einigkeit zwischen Staat und Kirche, zwischen Volk
und Religion!

Sehr bedeutsam scheint uns, was der Herr Staats
minister heute hierzu gesagt hat. Uns will es scheinen,
daß in den kommenden Zeitaltern die Weisheit auch
der Zeit, der unter schmerzlichen Dache des Deutschen
Reiches wohnen wird, diese metaphysischen Kräfte der
Religion, der Auspenden im Licht und Wärme, von
Weisheit und Liebe, noch notwendiger hätte, wie die
Zeiten vor dem Kriege. Jammal, es ist Zeit, daß das
„Moralitorium der Bergpredigt“ aufgehoben wird!
Zahllose Wunden sind der Menschheit geschlagen,
tiefer und gefährlicher als wir am Ende nur ahnen.
Die Fundamente der Familie sind vielfach zer
brochen; sie gehen, weicht auf dem Akkualter, ist zer
brochen; die Eheverdingungsprozesse bewirken das durch ihre
Zahl und Gründe. Die Liebe zum Mutterglaube und zu
den Vaterreiden ist tief gesunken. Der Krieg hat die
Ehfsucht vor fremdem Eigentum nicht gemehrt, wohl

aber vieles zerstört. Der Reichtum, der in der Zeit, in
der andere ihr Leben für das Vaterland aufs Spiel set
zen, in einzelnen Familien gelassen ist, hat die Freude
am Leben und Gessen nicht in allweg gemehrt; Hab
sucht und Gierigkeit, die beiden tohen Köpfer des
Egoismus, sind groß geworden. Doch ich will nicht alle
Wunden und Schäden aufzählen, ich will auch nicht ver
gessen, was Großes und Herrliches von unserem Volke
dahin und draußen geleistet wurde. Allein, so hoch ich
diese herrlichen Erweise deutscher Größe auch werte,
Wunden bleiben Wunden. Die Wunden am Weltkörper
aber rufen nach dem Samaritan, der Seelenwunden zu
heilen versteht, der vor allem der Familie so rasch als
möglich ihre Gesundheit wieder gibt; die Verstärkung im
Garten der Gesellschaft rufen nach dem Gärtner, der dem
Antraut des Egoismus wehrt und dafür vor allem die
Tugenden pflanzt, Arbeitsamkeit und Gemütsamkeit, vor
allem aber die sozialen Tugenden der Gerechtigkeit, die
jedem das seine läßt und gibt, der Caritas die fremde
Not wie die eigene fühlt und dann entsprechend ihr be
gegnet mit der edlen Tat. Das deutsche Volk wird sich
den großen Opfern und Aufgaben gewachsen zeigen, wenn
ihm der große Kreuzträger voransteht und wenn seine
Gotteskraft die Volkseele idealisiert, sie tapfer und stark
macht. Wir sind darum der Meinung, das Vaterland
sollte alles tun, die religiösen Kräfte mobil zu machen,
sie ungehindert in den Dienst des Volkes zu stellen.
Darum möchten wir plaudern, die Zeit sei angebrochen,
in der auch die letzte Fessel aus den Fängen des Kultu
rkampfes fallen muß, fallen muß die Schwärze, die den
Ordnung ihre gegenwärtige Wirksamkeit unmöglich macht aber
doch erschwert. Auch der § 137 des Schulgesetzes kam
bei nicht ausgenommen bleiben. (Lebhafter Beifall im
Zentrum.)

Wir möchten ferner wünschen, daß die Schule der
Religion wieder den ersten Platz anweist, daß die Fort
bildungsschule dabei keine Ausnahme macht; je mehr auf
diesem Gebiete erkannt wird, daß die Schulen für die
die im Uebergangsalter vom Knaben zum Jüngling
stehen, einen eminent erzieherischen Zweck haben müssen,
desto leichter wird die Konsequenz fallen, auch dem
mächtigsten Erziehungsfaktor, der Religion, ihren Platz
zu sichern, nicht ein Gnabenplätzchen der Zudlung, son
dern einen prinzipiell fundamenternten, vollwertigen
Platz. Auch so wird der Schule noch eine große und
schwere Aufgabe verbleiben, auf die Schultern der Schul
männer noch eine schwere Last von Verantwortung laden.
Wir wünschen deshalb auch ein Verhältnis — und ver
trauensvolles, entgegenkommendes Verhältnis in Schul
fragen zwischen Staat und Kirche, zwischen Ministerium
und Kirche, zwischen Lehrer, Gemeinde und Seelsorger.
Wir werden aus dieser Auffassung heraus zu allem bereit
sein, was uns als notwendig erscheint, um einen feiner
Aufgaben gewachsenen, gesunden, gottesfürchtigen Lehr
stand für die Schule zu gewinnen; nicht minder möchten
wir von den Leuten der Kirche erwarten, daß Seel
sorger vor die Jugend treten, die einen klaren Will für
ihre heutige Aufgabe und ein tiefes Verständnis für die
heutige Zeit und ihre Nöten haben, Seelsorger, die warmes
Interesse für die Schulen und ihre Sorgen entgegen
bringen. Es will uns scheinen, daß der Akkurs beider
Konfessionen will s Verständnis diesen Fragen entgegen
zubringen gewillt ist.

Vor dem Kriege wurde auch hier das Problem der
Trennung von Staat und Kirche erörtert. Die
heutigen Verhältnisse rufen nicht nach Trennung, sie
schreien förmlich nach vertrauensvollem Zusammen
arbeiten. Die Analyse schließt, die Synthese macht
stark. Nicht Schwächung, nein Stärkung der helfenden,
schaffend n Kräfte muß die Lösung sein. So fordert es
die Not der Zeit. Staat und Kirche sollen mit vereinten
Kräften daran arbeiten, die Ruinen aufzuräumen und
ein neues Deutschland zu schaffen. (Beifall.)

Ich habe Friedrichs Aufsatz über sozialistische und
christliche Weltanschauung gelesen. Wir möchten wün
schen, daß was sich hier anzuobohnen scheint, verwirklicht
werden könnte, zum Wohle von Volk und Vaterland,
nicht zuletzt zum Wohl des werktätigen arbeitenden
Volkes.
Friedrich hat Recht, es handelt sich hier um Dinge,
die sich nicht auf dem vermittellich geschickten Handreich
einer Programmforderung erledigen lassen. Es handelt
sich um Dinge, die Jahrhundert um Jahrhundert das
erste erbliche Denken der edelsten Geister herausgerissen
haben, die auf dem Grunde jeder Seele als letzte und erste
Fragen liegen, um Dinge, aus deren Behandlung der
Frieden, der Seelenruhe und wohl noch mehr abhängt,
um Dinge, die erst in mit Ehracht behandelt werden
wollen! Wir sind überzeugt, mehr wie einer von den
heimkehrenden Kriegern trägt diese erste Auffassung
und hohe Wertung der Dinge aus dem Völkerrkrieg in die
Kultur und in seine Familie, in seinen Kreis in die neue
Zeit zurück. Al dem so, dann dürfen solche Gedanken,
zu dem herrlichen Kriegsgewinn und zu den schönsten
Erwerbungen zählen.

Wir sind seit vierhundert Jahren ein konfessionell
gepaltenes Volk. Die Glaubensunterschiede, ja Gese
nschaft sind da; sie leben in Millionen deutscher Geister,
Es hat keinen Sinn zu tun, als ob sie nicht da wären;
auch im Kriege sind die Unterschiede geblieben und sie
werden im neuen Deutschland wieder sein. Noch selten
wurde jedoch der konfessionelle Friede so als
hohes nationales Gut, seine Pflege so als Pflicht er
kannt wie in der Zeit gemeinsamer, nationaler Not. Wir
hoffen, daß diese Erkenntnis vom ganzen deutschen
Volk in das neue Deutschland hinübergetragen wird. Wie
sich drauhen nebeneinander standen, die Männer der ver
schiedenen Bekenntnisse und reiften ihre erste Pflicht
leben, ohne ihrer Glaubens- und Lebenszeugung untreu zu
werden oder daran auch nur Einbuße zu erleiden. So
werden diese Männer heimkehren, für das bürgerliche
und wirtschaftliche, das häusliche und nationale Zusammen
leben und Zusammenarbeiten die Kraft überwinden
durch neuerer ihre Haltung durch ein Wohlwollen, das sich
nicht mit höherer Toleranz begnügt, sondern von dristlicher
Liebe erwidert und befeht ist! Die Mißverständnisse er
schwerer und seltener macht, dem Scharfsehen die Wege
ebnet. Wer so an Kraft, Geist und Mittel gewonnen
wird, soll helfen im Dienste unseres guten deutschen
Volkes.

Friedrich Thimme schrieb zu dem Buche: „Som innen
Frieden des deutschen Volkes“, sein Kapitel über:
„Aegensseitiges Verstehen und Vertrauen!“
Diese zwei Wahnungen stehen uns aus den Werten der
Gefahren, aus den Lasaretten, aus den Gefangenens
lagern, aus den Marschkolonnen der Braven an der
Front entgegen. Werden diese Wahnungen Wirklichkeit,
dann kann daraus entstehen ein neues Deutschland, ein
Deutschland hoch in Ehren! (Lebhafter Beifall rechts.)

Ala. Reumann (natl.) äußert zunächst seine Verfr
iedung über die Ausführungen des Staatsministers. Wir
kennen ihn. Er muß sich das Vertrauen nicht erst er
werben, sondern kann mit Stolz auf einen gesicherten Weß
hiden. Wir begrüßen den warmen Ton der Eröffnungs
rede sowie der Rede des Fragens War, von der wir nur
bedauern, daß sie von einem Teil der Presse im In- und
Ausland eine Auslegung gefunden hat, die zweifellos
nicht im Sinne des Fragens lag. Reuber geht nun auf
die Finanzfragen ein. Dr. Schöfer hat einen Dulzen
trieb gegen die Erbvergrößerungspolitik geführt; ihm wird
von berufener Seite erwidert werden. An allererster
Linie steht die Sorge, Arbeit für unsere Industrie zu
schaffen. Dadurch hebt sich wieder die Wirtschaft. Der
Staat muß nach dem Kriege mehr als bisher Wert- und

Geldschaffner sein. Hierbei wird zu erwägen sein, ob beim
Wurzwerk der fiskalischen Gedanke mehr betont werden
soll. Dem scheidenden Generaldirektor Roth schicken wir
Worte warmen Dankes für seine Dienstfreudigkeit nach.
Seinem Nachfolger kommen wir mit Vertrauen entgegen.
Wir stehen heute vor wichtigen Aufgaben, als unser
Haus neu einzurichten. Der Krieg hat uns vor Fragen
gestellt, über die wir uns auseinandersehen müssen, ob
wir wollen oder nicht. Die Umgestaltung ist gewachsen.
Wir halten aber an dem liberalistischen Charakter des
Reiches fest. Wir wünschen die Schaffung eines Arbeits
oder Verkehrsministeriums. Der Krieg hat neue Ar
beiten gebracht, so daß für einen weiteren Minister Arbeit
genug vorhanden ist. Die Organisation soll man aber
nicht machen wie beim Unterrichtsministerium, die nicht
befriedigt hat, weil man die ganze Kleinarbeit der Mittel
stellen ins Ministerium hineinnahm. Heber der Klein
arbeit kommen die Herren kaum zu den großen Unter
richts- und Erziehungsfragen. Letztere Fragen werden
heute mehr von den Städten gepflegt. Die großen Fächer
im Kriege haben das deutsche Volk berechtigt zu einer spe
ziell höheren Ausgestaltung seines politischen Lebens. In
Bayern hat vor der Ernennung des Staatsministers
eine Fühlungnahme mit der Volksvertretung stattgefun
den. Wir begrüßen dieses Beispiel.

Reuber bespricht kurz die nationalliberalen Anträge
betr. den Ausbau des landständischen Ausschusses, Be
setzung der Ersten Kammer, bedauert den Standpunkt des
Staatsministers zur Verhältnisaahl. Der Gedanke der
Verhältnisaahl habe im Kriege so bedeutende Fort
schritte gemacht, daß man sogar auch an dieses System für
die Reichstagswahl denkt. Reuber geht weiter auf die
Fragen der Kreis- und Gemeindeverfassung ein.
Begrüßt er die Schule haben unsere Freunde die Quelle
unserer Kraft erkannt und werden sich alle Mühe geben,
einzuholen. Wir müssen uns mit aller Kraft anstrengen,
einzuholen. Wir müssen uns mit aller Kraft anstrengen,
diesen Vorprung zu erhalten. Zu den kirchenpolitischen
Erweisen habe ich zu bemerken, daß wir festhalten an
dem Grundgedanken, daß unser Volk die Geschlossenheit
und den inneren Frieden brauchen, daß nur in der Zu
versicht, was die geschichtliche Entwicklung unseres
uns wieder aufzurichten nach dem Kriege, und daß wir
dabei auszuraumen haben, was wir können. Wir werden
an die Vorlagen in diesem Kriege herantraten im vollen
Vertrauen, was die geschichtliche Entwicklung unser
Land fordert, was die liberale Entwicklung des Staats
gehaltens und das friedliche Zusammenleben der Kon
fessionen notwendig machen; aber auch in dem Gedanken,
daß Abgrenzungen zwischen den Machtbereichen von
Staat und Kirche im wesentlichen fest zuwärtig haben.
Die schwersten Aufgaben hat uns das Schicksal des
Mittelstandes aufgelegt. Wenn wir heute sehen, wie die
Jungen das Geld verbrauchen, so muß man sagen, daß
der Staat sich den in unen Verhältnissen gegenüber ganz
andere einrichten muß. Das kann er nur durch seinen
treiflichen Beamtenstand. Der Großhändler war ein wohl
tätigster Beamtenstand. Ob es notwendig war, ihn zu
hängen, darüber gehen auch in der Sozialdemokratie
die Gedanken auseinander. Der Großhändler war aber
auch unerreicht ein Verzicht, weil Teile des Volkes,
die sich im Staate geltend gemacht, für das ganze
zu gewinnen. Das dies gelungen, bewies der 4. August
1914. Die Gründe zur Kündigung sind zu jedwahr; eher
laß sich jene hören, die die Haltung der sog. Gesamt
partei auf die Randspartei nachzulegen. Derjenige, der
b n Großhändler in Baden gepflegt hat, heißt Adolf Ged.
(Veränderung und Widerspruch bei der Sozialdemo
tratie.) Ludwig XIV. jagte:

„L'etat c'est moi. Ob das Ludwig XIV. oder Napoleon
oder die heutigen Geldaristokraten sagen, bleibt sich gleich.
Friedrich der Große sagte: „Der König ist der erste Di
ner des Staates.“ Das ist deutsche Staatsauffassung.
Auf den Säulen der deutschen Monarchie, der allgemeinen
Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts ist das
deutsche Staatsgebäude aufgebaut, umgestalten von der
deutschen Arbeiterschaft. Daran brauchen wir
nichts zu ändern. Auf dem Wiener Kongreß hat man das
europäische Gleichgewicht geschaffen, das die Formel war
für die Wiederherstellung des deutschen Volkes. Heute spricht
man von Selbstbestimmung der Völker. Glauben Sie,
daß die Feinde das auch sagen würden, wenn sie in
Deutschland stünden, wie wir in Frankreich und Auf
land? Es ist nichts als Maske für die alte feindliche Ge
sinnung! (Sehr richtig!) Man spricht heute nicht mehr
von einem ewigen, sondern von einem durchgehenden
Frieden. Der Haß unserer Feinde ist im Kriege noch
gewachsen. Das müssen wir berücksichtigen, bei unseren
hoffnungen und Wünschen. Den Bestrebungen der
Feinde gegenüber stellen wir uns auf den Boden des
deutschen Nationalstaats. Kein Volk ist geneigt, Frem
des aufzunehmen, wie das deutsche. Trotz der Leiden
unserer gefangenen Brüder in den anderen Ländern
haben wir den Gefangenen bei uns noch Gerechtigkeit
miderfahren lassen. Das ist der heftige Zug des deutschen
Volkes. Vor wenigen Tagen haben wir Wehrmännern
gefeuert. Wer hat's befohlen? Niemand. Wer schloß
sich aus? Niemand. Das ist auch eine der Kräfte, die
uns mit der Vergangenheit verbindet. Das deutsche Volk
wird nur den Frieden anerkennen, den Sünden und
Lübderrst mit ihrem Namen bedekt. Man schaffe dem
deutschen Volk die Möglichkeit der Arbeit und es wird
sich wieder aufrichten. Diese Möglichkeit muß der Friede
schaffen. Das Schwert muß uns das Naturrecht auf den
Benediktum schenken. Wir haben den Krieg nicht gewollt
und sind als das freieständige Volk der beste Hort des
Friedens. (Lebhafter Beifall bei den Nat.)

Fortsetzung: Donnerstag, den 10. Jan., 9 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Der Hauptausfluß.

Berlin, 9. Jan. (W.Z.) Nach Beendigung der
Aussprache über die wirtschaftlichen Be
ziehungen zu Rußland wandte sich gestern
der Hauptausfluß des Reichstags der Beratung der
handelspolitischen Beziehungen zu
Oesterreich-Ungarn an. Auf eine Anfrage,
ob and wie weit die Behauptungen des Dr. Heim
in seinem bekannten Artikel „Eine schlimme Bot
schaft“ begründet seien, erklärte der Staatsre
tär des Reichswirtschaftsamts, Freiherr von Stein,
u. a., die Verhandlungen mit Vertretern der öster
reichisch-ungarischen Regierung über eine wirtschafts
politische Annäherung hätten bisher einen lediglich
vorläufigen Charakter gehabt. Eine Entschädigung
oder Bindung der deutschen Regierung sei jedoch
in keiner Hinsicht erfolgt. Bevor eine
Entschädigung erfolge, werde mit Vertretern der be
teiligten Kreise, also auch der Landwirtschaft, enge
Fühlung genommen werden und dies sei schon für
die nächste Zeit in Aussicht genommen. Von einer
Schädigung der Interessen der deut
schen Landwirtschaft, wie sie Dr. Heim in
dem genannten Artikel als vollkommene Tatsache
hinstellte, könne somad nicht die Rede sein.

Ein Erlaß gegen den Schleichhandel.

Berlin, 8. Jan. Nach Bekanntwerden der Feststellungen des Reichskriegsministeriums...

Bekanntmachung.

Die Zwangsverhandlungen der Kommunalverbände und anderer amtlichen Stellen...

Politische Nachrichten.

Berlin, 8. Jan. In Beantwortung einer Anfrage hat der Reichskanzler erklärt...

Dankesausdrücke an den Papst.

(R.) Rom. Das Organ Le prisonnier de Guerre, Organ zur Vertretung der Interessen der französischen Gefangenen...

Der Nationalkongreß der Familien vermisster und verwundeter Krieger...

Dank von Kriegsgefangenen an den Papst. (R.) Rom. Hier ist eine im Osservatore Romano veröffentlichte Depesche...

Kämpfe in Mexiko. Amsterdam, 8. Jan. (W.A.W.) Nach einem heutigen Blatt erfährt die Times aus Washington...

Portugal. Lissabon, 9. Jan. (W.A.W.) Savas. Die Gerichte über eine Verschwörung...

Russland. Was Deutschland für Finnland getan hat. Stockholm, 9. Jan. (W.A.W.) Im Kronbladet veröffentlicht der Finne Adolf Wonsdorff...

Der Nationalkongreß der Familien vermisster und verwundeter Krieger sendet dem Heiligen Vater den Ausdruck seiner tiefen Dankbarkeit...

vorgespiegelt und uns keine scheinheiligen Versprechungen gegeben. Wir haben früher eine Staatskunst kennen gelernt...

Schwedischer Gesandte bei der finnischen Republik. Stockholm, 9. Jan. (W.A.W.) Svenska Telegramn...

Letzte Nachrichten

Kammer und Senat in Frankreich. Paris, 9. Jan. (W.A.W.) Savas. Kammer und Senat haben gestern die Sitzungen wieder aufgenommen...

Deutsche Austauschgefangene aus England. Rotterdam, 9. Jan. (W.A.W.) Der erste Transport der deutschen Austauschgefangenen aus England...

Passagierdampfer-Verbindung zwischen Schweden und Finnland. Kopenhagen, 9. Jan. National Tidende...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Verschiedene Nachrichten.

Ein Familien drama.

In Mainz vergiftete die Witwe des 1915 gefallenen Mehrgemeisters Boll ihre drei Kinder im Alter von 6, 4 und 2 Jahren...

Retting von Schiffmannschaften.

Emden, 9. Jan. (W.A.W.) Bei starkem Schneeeis trieben getrieben in der Gmsmündung zwei Fischdampfer auf Grund...

Handelsteil.

Wühl, 7. Jan. Zum heutigen Schweinmarkt wurden aufgeführt 130 Ferkel...

Kehl, 6. Jan. Eine Entschädigung für die zerstörten Landwirte...

Rastwärme in Karlsruhe. (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station.)

Vorausprognose der Witterung am 10. Januar.

Wasserstand des Rheins am 9. Januar früh.

Mit jedem Tage kann auch der Postbezug des Bad. Beobachters...

Auswärtige Gestorbene. (Anmeldungen von auswärtig erkrankten unter dieser Rubrik gratis.)

Waldshut: Anna Silbermann, Fräulein. * Baden-Baden: Franziska Eberhard, 90 J. * Wiesental: Anton Niegel, Grenzauflieger...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Lokales.

Karlsruhe, 9. Januar 1918. * Genehmigte Lotterie. Dem Verein zur Förderung der Pferdezucht in Bayern...

Auszeichnungen. Der Kriegsverdientliche Gefr. Maxilian, Sohn des Konditors Leop. Maxilian hier...

Spart Gas!

Dankagung. Für die Weihnachtsgeschenke im Städt. Krankenhaus sind an Geldgeschenken und Gaben eingegangen von:

Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise 100 M., J. Fell Nachf. Karl 5 M., Bernh. Müller, Büchsenfabrik 5 M., Fa. Jakob Wahn, Inhaber Karl und Ferd. Wähler 20 M., H. Schaller, Hoflieferant 10 M., Ferd. Dohbi, Maurermeister 15 M., Frau Amalie Hummel geb. König 100 M., Frau v. Busch 10 M., Frau Nialin Gilber 15 M., Hiesler zum „Haischhof“ 200 M., Fräulein Grete Knab 50 M., Hoflieferant Karl Stelzer, Bahnhofwirt 50 M., Brauereigesellschaft vorm. S. Moninger 80 M., Fr. Köpfer, Bierbrauereibesitzer 100 M., Karl Baumann 10 M., W. A. 10 M., Oberbaurat Courtin 10 M., Gelehrter Baer 10 M., Hofjahnarzt Dr. Scholz 20 M., Frau C. F. Otto Müller 20 M., Gebr. Hof Nachf. 50 M., Stadtrat Dr. Dieb 10 M., H. Glaser Witwe 10 M., Brauereigesellschaft vorm. S. Schrempf 50 M., Rheinische Kreditbank 70 M., Emil Kley, Kaufmann 20 M., Richard Gräbener 5 M., Glasermeister Lampert 2 M., Karl Appenzeller, Seifenfabrik 5 M., Freitrau von Gieser 100 M., Aug. Schulz, Wärfelgeschäft 20 M., Bierbrauerei A. Pring 50 M., Professor Nikolajewitsch, Kapitän 5 M., Karl Roth, Hofprocurer 50 M., F. Wolff u. Sohn 100 M., Christ. Oetel 10 M., Heinrich Bauer, Privatmann 10 M., Johanna Wunber 10 M., Christian Niemp 100 M., Frau R. Schrempf 20 M.

Für diese Gaben sprechen wir namens der Beschenkten den herzlichsten Dank aus. Karlsruhe, 7. Januar 1918. 81 Krankenkommission.

Russland.

Was Deutschland für Finnland getan hat. Stockholm, 9. Jan. (W.A.W.) Im Kronbladet veröffentlicht der Finne Adolf Wonsdorff...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Russland.

Was Deutschland für Finnland getan hat. Stockholm, 9. Jan. (W.A.W.) Im Kronbladet veröffentlicht der Finne Adolf Wonsdorff...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Russland.

Was Deutschland für Finnland getan hat. Stockholm, 9. Jan. (W.A.W.) Im Kronbladet veröffentlicht der Finne Adolf Wonsdorff...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Washingon, 9. Jan. (W.A.W.) Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet...

Buenos Aires, 9. Jan. (W.A.W.) Die Eisenbahnangelegten der Südbahn haben beschlossen...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...

Der Tierkühnverein

In unseren amtlichen Gärten der wirklichsten kommt es vor, starker Gegenwirkung...